



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Medienkonferenz Digitalisierung

Bern, 2. Oktober 2017

Für eine soziale Digitalisierung

Die Digitalisierung muss den Menschen dienen. Der technologische Fortschritt muss genutzt werden, um die Arbeit und das Leben der Leute einfacher zu gestalten. Die Arbeitnehmer/innen sollen am Produktivitätsfortschritt beteiligt werden. Dafür braucht es stärkere Gesamtarbeitsverträge, einen entschlossenen Kampf gegen Sozialdumping-Modelle und massive Investitionen in die Aus- und Weiterbildung.

Vania Alleva, Präsidentin der Unia

Die Digitalisierung führt zu markanten Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt. Die Diskussion über «die» Digitalisierung verdeckt manchmal die Tatsache, dass es sich nicht um einen zwangsläufigen, homogenen Prozess handelt. Der technologische Fortschritt führt vielmehr dazu, dass in einer politischen Auseinandersetzung die zukünftige Gestaltung unserer Arbeitswelt neu verhandelt werden muss.

Vieles bleibt sich gleich. So versuchen Konzerne und Firmen, die technologischen Neuerungen zur Steigerung ihrer Profite einzusetzen. Unter dem Schlagwort der «Rationalisierung» erhöhen sie den Druck auf die Beschäftigten durch Verdichtung der Arbeitsprozesse oder ersetzen Menschen durch Maschinen. Diese kapitalgetriebene Rationalisierungslogik ist wiederum eine wichtige Triebkraft der technologischen Entwicklung.

Digitalisierung ist gestaltbar

Doch es gibt keine Sachzwänge. Die Digitalisierung ist gestaltbar. Ob eine technologische Modernisierung dem Profit und dem Kapital oder den Menschen dient, ist eine politische Entscheidung.

Ein Beispiel: Auf dem Bau helfen Roboter, schwere Lasten zu heben. Drohnen können heute Vermessungen in luftiger Höhe und an gefährlichen Stellen vornehmen. So müssen Bauarbeiter/innen weniger gefährliche Arbeiten verrichten. Das sind konkrete und reale Verbesserungen. Gleichzeitig steigt – angetrieben vom Profitstreben, aber auch von digitalen Technologien – der Termindruck, so dass der Stress für die Leute auf den Baustellen ständig zunimmt.

Die Industrie wird durch Robotik und vernetzte, selber kommunizierende Maschinen revolutioniert. Die Produktivität steigt massiv, die Folgen für die Beschäftigten sind ungewiss. Während Stellen verschwinden, birgt die Digitalisierung auch das Potential einer Re-Industrialisierung der Schweiz. Dafür braucht es eine entschlossene Industriepolitik, die

öffentliche Investitionen und Innovation fördert. So ist die Digitalisierung eine grosse Chance, um den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft zu bewerkstelligen.

Plattformen müssen sich an die Gesetze halten

Besonders deutlich wird die Notwendigkeit einer politischen Steuerung der Digitalisierung auch im Bereich der Online-Plattformen. Diese gibt es heute in Handel, Transport und Logistik, im Gastgewerbe, aber auch zur Vermittlung jedweder Dienstleistungen.

Einige solche Plattform-Konzerne, etwa der Dumping-Fahrdienst Uber, versuchen, unter dem Vorwand der Digitalisierung neue Arbeitsmodelle durchzusetzen. Sie wollen alle Risiken auf die Arbeitnehmenden abwälzen, indem sie sie als Scheinselbständige arbeiten lassen. Uber bezahlt für seine Angestellten keine Sozialversicherungsbeiträge, keine Unfallversicherung, keine Ferien, keinen Lohn bei Krankheit. Das ist illegal. Die SUVA hat klargestellt, dass Uber-Fahrer/innen Angestellte sind und dem Arbeitsgesetz unterstehen.

Die Unia wehrt sich zusammen mit ihren Mitgliedern gegen solche Sozialdumping-Modelle, die die Angestellten zu Scheinselbständigen machen und sie ihrer Rechte berauben. Mit uns gibt es keine «Uberisierung» der Wirtschaft.

Es lohnt sich, wenn Beschäftigte sich gemeinsam wehren. Dank unserer konsequenten Haltung hat Uber einige Niederlagen einstecken müssen. Die SBB haben eine geplante Zusammenarbeit mit dem Dumping-Konzern nach unseren Protesten wieder abgesagt. Auch andere Firmen, die Arbeitnehmende als Scheinselbständige beschäftigen, müssen mit unserem Widerstand rechnen. Beim Velo-Kurierdienst Notime haben sich erstmals in der Schweiz Plattform-Beschäftigte in der Unia organisiert und gemeinsam korrekte Anstellungsbedingungen gefordert.

Technologischer Fortschritt muss den Menschen nützen

Die Unia steht für eine soziale Digitalisierung. Das heisst, dass der technologische Fortschritt den Menschen nützt. Soziale Digitalisierung heisst, dass die Wirtschaft neue Technologien nutzt, und dass es gleichzeitig faire Löhne, soziale Absicherung und geregelte Arbeitszeiten für die Menschen gibt.

Es braucht deshalb eine bessere Abdeckung mit bestehenden Gesamtarbeitsverträgen (GAV) sowie die Aushandlung neuer GAV, denen auch neue Beschäftigungsformen unterstehen. Wir wollen «digitale Grundrechte» für alle Arbeitnehmenden durchsetzen. Dazu gehört etwa ein Recht auf Weiterbildung und Umschulung, wenn sich Branchen und Berufsprofile verändern. Die Angestellten müssen an der steigenden Produktivität auch in Form von Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitreduktion beteiligt werden. Wir wollen auch, dass die Beschäftigten in den Betrieben über die Anwendung digitaler Technologien und die Gestaltung der Arbeitsprozesse mitentscheiden können.

Es ist zudem wichtig, dass Arbeitnehmende ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit haben und ihr Privatleben respektiert wird. Mit Home-Office-Modellen und ständiger elektronischer Erreichbarkeit droht die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit immer mehr verwischt zu werden. Es braucht deshalb klare Regeln für die Arbeitszeit und auch eine systematische Erfassung der gearbeiteten Stunden. Nur so können wir die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben gewährleisten.

Angriffe auf das Arbeitsgesetz und somit auf die Arbeitnehmerrechte, wie sie heute unter dem Deckmantel angeblicher Digitalisierungs-Anforderungen im Parlament vorangetrieben werden, wird die Unia nicht hinnehmen. Die Beschäftigten werden sich dagegen wenn nötig mit Referenden wehren.

Die soziale Digitalisierung, für die wir stehen, muss unser Leben einfacher und unsere Arbeit leichter machen. Sie muss den Menschen dienen.